

**TOP:** 15

**Beschlussvorlage**  
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen  
**Federführendes Amt** :Hauptamt

Datum Drucksache-Nr.:01-8-2018  
18.01.2018

**Beratungsfolge**

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Stadtverordnetenversammlung	01.02.2018					

Betreff:

**Beratung und Beschluss: Rechtliche Überprüfung des Kita-Vertrages Oberhavel**  
**- Antrag der Fraktion UWG / LGU -**

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beauftragt den Bürgermeister der Stadt Kremmen, den Kita-Vertrag Oberhavel, geschlossen am 16.07.2004 zwischen der Stadt Kremmen und dem Landkreis Oberhavel, hinsichtlich des Inhalts rechtlich zu prüfen. Die rechtliche Überprüfung soll extern und unabhängig erfolgen.

**Beratungsergebnis:**

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingbracht durch :Fraktion UWG/LGU

.....  
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

### **Problembeschreibung/Begründung**

§ 79 SGB VII besagt, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Gesamtverantwortung einschließlich der Planungsverantwortung haben. Sie sollen gewährleisten, dass die erfolgreichen und geeigneten Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen den verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung entsprechend rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen und eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung erfolgt. Des Weiteren ist für eine ausreichende Ausstattung der Jugendämter und der Landesjugendämter sowie eine dem Bedarf entsprechende Zahl an Fachkräften zu sorgen.

§ 80 SGB VIII sagt, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen ihrer Planungsverantwortung den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen, den Bedarf... zu ermitteln und rechtzeitig sowie ausreichend zu planen.

Das Erste Gesetz zur Ausführung des Achten Sozialgesetzbuches - Kinder- und Jugendhilfe (AGKJHG) legt u.a. fest, wer der örtliche Träger und wer überörtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist (§ 1 und § 8). Demnach sind der Landkreis Oberhavel, Fachbereich Jugend, der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe und das Bildungsministerium der überörtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

Nach § 17 (1) und (2) AGKJHG sind an der Jugendhilfeplanung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe ...grundsätzlich von Anfang an zu beteiligen...

Die Jugendhilfeplanung des örtlichen Trägers der Jugendhilfe ist insbesondere mit den Planungen zur kinder- und jugendgerechten Infrastruktur und mit dem Schulentwicklungsplanung wechselseitig abzustimmen....

Im Kindertagesstättengesetz (KitaG) ist geregelt nach § 12 (1), dass der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Aufgabe hat, die Kindertagesbetreuung nach § 1 KitaG zu gewährleisten. Dazu kann der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit seinen Kommunen / Gemeinden und Ämtern einen öffentlich-rechtlichen Vertrag schließen, der nach § 1 KitaG die Aufgaben des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe durchführt.

§ 1 KitaG beinhaltet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den Rechtsanspruch, Art und Umfang der Erfüllung des Anspruchs (Kindertagespflege, Spielgruppe, Eltern-Kind-Treff, etc.)

In keinem von beiden Paragraphen (§ 12 (1) und § 1 KitaG) wird eine Übertragung der Planungsaufgaben der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf die Kommunen sichtbar. Ebenfalls sind die Erreichbarkeit, die tagsächliche Inanspruchnahme und das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern in § 12 (3) Kita-Gesetz vom Landkreis zu beachten.

Jedoch wird im öffentlich-rechtlichen Vertrag Oberhavels in § 2 Ziffer 1 genau die Bedarfsplanung an die Kommunen abgegeben. Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe behält lediglich eine Mitwirkung (§ 1 Ziffer 2).

Dazu ebenfalls der Auszug aus Handbuch des Bildungsministeriums auf Seite 23.

Des Weiteren verweisen wir auf ein aktuelles Urteil des Bundesverfassungsrichtes vom 21. November 2017 (2 BvR 2177/16), welches in der Begründung schreibt: "Bei der Planungsverantwortung im Sinne des § 80 SGB VIII handelt es sich um eine nicht delegierbare, gesetzliche Verpflichtung der Träger öffentlicher Jugendhilfe zur Planung (Eger, in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VIII, § 80 Rn. 8; vgl. Hilke, in: Hauck/Noftz, SGB VIII, Werksstand 03/13, juris, § 80 Rn. 4), mit der diese ihre Gewährleistungsverpflichtung gemäß § 79 SGB VIII realisieren." (Randziffer 99)

### **Anlagen**

. Kita-Vertrag Oberhavel

. Auszug aus Handbuch des Bildungsministeriums "Unternehmen Kindertagesstätte" Rechtsstand 01.10.2010 (90 Seiten)

. Auszug aus Urteil 2 BvR 2177/16 (komplettes Urteil (50 Seiten) zum Download unter <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Downloads/DE/2017/11/rs201711212bvr217716.html>)

gez. Arthur Förster  
Fraktionsvorsitzender

.....

.....



18. JAN. 2018 \*000484

Arthur Förster  
Dorfkern 11  
16766 Kremmen

An den Stadtverordnetenvorsteher  
Herrn Detlef Reckin  
Ruppiner Chaussee 9a  
16766 Kremmen

**Betreff: Aufnahme des Beschlussantrages auf die Tagesordnung der  
Stadtverordnetenversammlung am 01.02.2018**

Kremmen, den 17.01.2018

Sehr geehrter Herr Reckin,

Ich bitte Sie, den folgenden Beschlussantrag auf die Tagesordnung der  
Stadtverordnetenversammlung am 01.02.2018 zu setzen:

**Beschlussvorschlag:**

Beratung und Beschluss:  
Rechtliche Überprüfung des Kita-Vertrages Oberhavel

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beauftragt den Bürgermeister der Stadt Kremmen, den Kita-Vertrag Oberhavel, geschlossen am 16.7.2004 zwischen der Stadt Kremmen und dem Landkreis Oberhavel, hinsichtlich des Inhalts rechtlich zu prüfen. Die rechtliche Überprüfung soll extern und unabhängig erfolgen.

**Begründung**

§ 79 SGB VIII besagt, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Gesamtverantwortung einschließlich der Planungsverantwortung haben. Sie sollen gewährleisten, dass die erfolgreichen und geeigneten Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen den verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung entsprechend rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen und eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung erfolgt. Des Weiteren ist für eine ausreichende Ausstattung der Jugendämter und der Landesjugendämter sowie eine dem Bedarf entsprechende Zahl an Fachkräften zu sorgen.

§ 80 SGB VIII sagt, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen ihrer Planungsverantwortung den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen, den Bedarf....zu ermitteln und rechtzeitig sowie ausreichend zu planen.

Das Erste Gesetz zur Ausführung des Achten Sozialgesetzbuches - Kinder- und Jugendhilfe (AGKJHG) legt u. a. fest, wer der örtliche Träger und wer überörtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist (§ 1 und § 8). Demnach sind der Landkreis Oberhavel, Fachbereich Jugend, der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe und das Bildungsministerium der überörtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

Nach § 17 (1) und (2) AGKJHG sind an der Jugendhilfeplanung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach § 80 SGB VIII die anerkannten Träger der öffentlichen Jugendhilfe... grundsätzlich von Anfang an zu beteiligen.....

Die Jugendhilfeplanung des örtlichen Trägers der Jugendhilfe ist insbesondere mit den Planungen zur kinder- und jugendgerechten Infrastruktur und mit dem Schulentwicklungsplanung wechselseitig abzustimmen...

Im Kindertagesstättengesetz (KitaG) ist geregelt nach § 12 (1), dass der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Aufgabe hat, die Kindertagesbetreuung nach § 1 KitaG zu gewährleisten. Dazu kann der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit seinen Kommunen/Gemeinden und Ämtern einen öffentlich-rechtlichen Vertrag schließen, der nach § 1 KitaG die Aufgaben des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe durchführt.

§ 1 KitaG beinhaltet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den Rechtsanspruch, Art und Umfang der Erfüllung des Anspruchs (Kindertagespflege, Spielgruppe, Eltern-Kind-Treff, etc.).

In keinem von beiden Paragraphen (§ 12(1) und § 1 KitaG) wird eine Übertragung der Planungsaufgaben der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf die Kommunen sichtbar. Ebenfalls sind die Erreichbarkeit, die tatsächliche Inanspruchnahme und das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern in § 12(3) Kita-Gesetz vom Landkreis zu beachten.

Jedoch wird im öffentlich-rechtlichen Vertrag Oberhavel in § 2 Ziffer 1 genau die Bedarfsplanung an die Kommunen abgegeben. Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe behält lediglich eine Mitwirkung (§ 1 Ziffer 2).

Dazu ebenfalls der Auszug aus dem Handbuch des Bildungsministeriums auf Seite 23.

Des Weiteren verweisen wir auf ein aktuelles Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 21. November 2017 (2 BvR 2177/16), welches in der Begründung schreibt: „Bei der Planungsverantwortung im Sinne des § 80 SGB VIII handelt es sich um eine nicht delegierbare, gesetzliche Verpflichtung der Träger öffentlicher Jugendhilfe zur Planung (Eger, in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VIII, § 80 Rn. 8; vgl. Hilke, in: Hauck/Noftz, SGB VIII, Werksstand 03/13, juris, § 80 Rn. 4), mit der diese ihre Gewährleistungsverpflichtung gemäß § 79 SGB VIII realisieren.“ (Randziffer 99)

#### Anlagen

- Kita-Vertrag Oberhavel
- Auszug aus Handbuch des Bildungsministeriums „Unternehmen Kindertagesstätte“ Rechtsstand 01.10.2010 (90 Seiten)
- Auszug aus Urteil 2 BvR 2177/16 (komplettes Urteil (50 Seiten) zum Download unter [https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Downloads/DE/2017/11/rs20171121\\_2bvr217716.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Downloads/DE/2017/11/rs20171121_2bvr217716.html) )

Mit freundlichen Grüßen,



Arthur Förster  
Fraktionsvorsitzender









ANZEIGEN

Öffentliche Bekanntmachung des Landkreises Oberhavel

8. Zwischen dem	Landkreis Oberhavel Poststraße 1 16515 Oranienburg	Helge Giesch Vorsitzende der Gemeindevertretung der Gemeinde Mühlenbecker Land	Annemarie Reichenberger Vorsitzende des Kreistages des Landkreises Oberhavel	Veltin, 7.6.2004 H. Mentz Gemeinde / Stadt / Amt	Oranienburg, 16.7.2004 Schröder Landkreis Oberhavel
vertreten durch und der	- Im Folgenden: der Landkreis - den Landrat Stadt Liebenwalde - Im Folgenden: die Gemeinde - den Bürgermeister	11. Zwischen dem vertreten durch und der	Landkreis Oberhavel Poststraße 1 16515 Oranienburg - Im Folgenden: der Landkreis - den Landrat Gemeinde Oberkrämer - Im Folgenden: die Gemeinde - den Bürgermeister	H. Freydt Vorsitzender der Gemeindevertretung / der Stadtverordnetenversammlung / des Amtsausschusses	Annemarie Reichenberger Vorsitzende des Kreistages des Landkreises Oberhavel
vertreten durch	wird zur Durchführung der Aufgabe der Kinderbetreuung nach § 1 Kinderdagsgesetz (Kita-Gesetz) vom 10. Juni 1992 (GVBl. I S. 178), zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Kinder- dagsgesetzes vom 17.12.2003 (GVBl. I S. 311), auf der Grundlage von § 12 Abs. 1 des Kita-Gesetzes der folgende	vertreten durch	wird zur Durchführung der Aufgabe der Kinderbetreuung nach § 1 Kinderdagsgesetz (Kita-Gesetz) vom 10. Juni 1992 (GVBl. I S. 178), zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Kinder- dagsgesetzes vom 17.12.2003 (GVBl. I S. 311), auf der Grundlage von § 12 Abs. 1 des Kita-Gesetzes der folgende	14. Zwischen dem vertreten durch und der	Landkreis Oberhavel Poststraße 1 16515 Oranienburg - Im Folgenden: der Landkreis - den Landrat Stadt Zehdenick - Im Folgenden: die Gemeinde - den Bürgermeister
geschlossen	öffentlich-rechtliche Vertrag	vertreten durch	öffentlich-rechtliche Vertrag	vertreten durch	wird zur Durchführung der Aufgabe der Kinderbetreuung nach § 1 Kinderdagsgesetz (Kita-Gesetz) vom 10. Juni 1992 (GVBl. I S. 178), zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Kinder- dagsgesetzes vom 17.12.2003 (GVBl. I S. 311), auf der Grundlage von § 12 Abs. 1 des Kita-Gesetzes der folgende
Vertragstext wie mit der Gemeinde Birkenwerder	Oranienburg, 16.7.2004	geschlossen	geschlossen	vertreten durch	öffentlich-rechtliche Vertrag
Liebenwalde, 28.06.04	Oranienburg, 16.7.2004	Vertragstext wie mit der Gemeinde Birkenwerder	Vertragstext wie mit der Gemeinde Birkenwerder	geschlossen	Vertragstext wie mit der Gemeinde Birkenwerder
J. Lehmann Stadt Liebenwalde	Schröder Landkreis Oberhavel	Oberkrämer, 16.05.2004	Oranienburg, 16.7.2004	Vertragstext wie mit der Gemeinde Birkenwerder	Oranienburg, 16.7.2004
O. Giese Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Liebenwalde	Annemarie Reichenberger Vorsitzende des Kreistages des Landkreises Oberhavel	Jäg Gemeinde / Stadt / Amt	Schröder Landkreis Oberhavel	Zehdenick, 27.05.04	Schröder Landkreis Oberhavel
9. Zwischen dem	Landkreis Oberhavel Poststraße 1 16515 Oranienburg	12. Zwischen dem	Landkreis Oberhavel Poststraße 1 16515 Oranienburg	Dahlenburg Stadt Zehdenick	Annemarie Reichenberger
vertreten durch und der	- Im Folgenden: der Landkreis - den Landrat Gemeinde Löwenberger Land - Im Folgenden: die Gemeinde - den Bürgermeister	vertreten durch und der	- Im Folgenden: der Landkreis - den Landrat Stadt Oranienburg - Im Folgenden: die Gemeinde - den Bürgermeister	Dahle Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zehdenick	Vorsitzende des Kreistages des Landkreises Oberhavel
vertreten durch	wird zur Durchführung der Aufgabe der Kinderbetreuung nach § 1 Kinderdagsgesetz (Kita-Gesetz) vom 10. Juni 1992 (GVBl. I S. 178), zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Kinder- dagsgesetzes vom 17.12.2003 (GVBl. I S. 311), auf der Grundlage von § 12 Abs. 1 des Kita-Gesetzes der folgende	vertreten durch	wird zur Durchführung der Aufgabe der Kinderbetreuung nach § 1 Kinderdagsgesetz (Kita-Gesetz) vom 10. Juni 1992 (GVBl. I S. 178), zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Kinder- dagsgesetzes vom 17.12.2003 (GVBl. I S. 311), auf der Grundlage von § 12 Abs. 1 des Kita-Gesetzes der folgende	15. Zwischen dem vertreten durch	Landkreis Oberhavel die Vorsitzende des Kreistages, Frau Annemarie Reichenberger, und den Landrat, Herrn Kai-Henrich Schröder
geschlossen	öffentlich-rechtliche Vertrag	geschlossen	öffentlich-rechtliche Vertrag	und der	im Weiteren „Landkreis“ genannt
Vertragstext wie mit der Gemeinde Birkenwerder	Oranienburg, 16.7.2004	Vertragstext wie mit der Gemeinde Birkenwerder	Vertragstext wie mit der Gemeinde Birkenwerder	vertreten durch	Amt „Gemeinde und Gemeinden“
Löwenberg, 16.05.2004	Oranienburg, 16.7.2004	Oranienburg, 7.6.2004	Oranienburg, 16.7.2004	wird zur Durchführung der Aufgabe der Kinderbetreuung nach § 1 Kinderdagsgesetz (Kita-Gesetz) vom 10. Juni 1992 (GVBl. I S. 178), zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Kinder- dagsgesetzes vom 17.12.2003 (GVBl. I S. 311), auf der Grundlage von § 12 Abs. 1 des Kita-Gesetzes der folgende	öffentlich-rechtliche Vertrag
Schröder Bürgermeister Gemeinde Löwenberger Land	Schröder Landkreis Oberhavel	L.V. Feßmann Stadt Oranienburg	Schröder Landkreis Oberhavel	geschlossen	Vertragstext wie mit der Gemeinde Birkenwerder
Wunisch Vize der Gemeindevertretung der Gemeinde Löwenberger Land	Annemarie Reichenberger Vorsitzende des Kreistages des Landkreises Oberhavel	Hildegard Busse Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oranienburg	Annemarie Reichenberger Vorsitzende des Kreistages des Landkreises Oberhavel	Giese, den 11.05.2004	Oranienburg, 16.7.2004
10. Zwischen dem	Landkreis Oberhavel Poststraße 1 16515 Oranienburg	13. Zwischen dem	Landkreis Oberhavel Poststraße 1 16515 Oranienburg	Sieg Amtsdirektor	Schröder Landrat
vertreten durch und der	- Im Folgenden: der Landkreis - den Landrat Gemeinde Mühlenbecker Land - Im Folgenden: die Gemeinde - den Bürgermeister	vertreten durch und der	- Im Folgenden: der Landkreis - den Landrat Stadt Veltin - Im Folgenden: die Gemeinde - den Bürgermeister	Bühmling Vorsitzender des Amtsausschusses	Annemarie Reichenberger Vorsitzende des Kreistages des Landkreises Oberhavel
vertreten durch	wird zur Durchführung der Aufgabe der Kinderbetreuung nach § 1 Kinderdagsgesetz (Kita-Gesetz) vom 10. Juni 1992 (GVBl. I S. 178), zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Kinder- dagsgesetzes vom 17.12.2003 (GVBl. I S. 311), auf der Grundlage von § 12 Abs. 1 des Kita-Gesetzes der folgende	vertreten durch	wird zur Durchführung der Aufgabe der Kinderbetreuung nach § 1 Kinderdagsgesetz (Kita-Gesetz) vom 10. Juni 1992 (GVBl. I S. 178), zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Kinder- dagsgesetzes vom 17.12.2003 (GVBl. I S. 311), auf der Grundlage von § 12 Abs. 1 des Kita-Gesetzes der folgende	Bekanntmachungsanordnung	Die vorstehenden öffentlich-rechtlichen Verträge werden hiermit öffentlich bekannt gemacht.
geschlossen	öffentlich-rechtliche Vertrag	geschlossen	öffentlich-rechtliche Vertrag	Oranienburg, den 04.08.2004	Schröder Landrat
Vertragstext wie mit der Gemeinde Birkenwerder	Oranienburg, 16.7.2004	Vertragstext wie mit der Gemeinde Birkenwerder	Vertragstext wie mit der Gemeinde Birkenwerder	Möhlenbecker Land, 29.08.2004	Schröder Landkreis Oberhavel
Möhlenbecker Land, 29.08.2004	Oranienburg, 16.7.2004	Klaus Brätzke Gemeinde Mühlenbecker Land	Schröder Landkreis Oberhavel		



Ebenso ist in der Satzung festgeschrieben, ob ein Vorstandsmitglied allein den Verein außen vertreten darf oder ob immer mehrere bzw. alle Vorstände nötig sind.

Neben der Vertretung nach außen ist der Vorstand auch für die Gestaltung und Organisation des Vereinslebens zuständig.

## 4 Die Kita in eigener Hand

Jetzt geht's los! Es haben sich Interessierte zusammengefunden. Der Verein ist gegründet oder man hat sich für eine andere Trägerform entschieden. Man hat sich über Ziele und allgemeine Grundsätze des Projekts verständigt. Was ist jetzt zu tun?

Zuerst sollte mit verschiedenen Behörden Kontakt aufgenommen werden:

- Mit der Standortgemeinde zur Klärung der Rahmenbedingungen.....Kooperation, Bedarf, Grundstück und Gebäude,.. (§ 16 Abs. 3 **KitaG**)
- Mit dem Kreisjugendamt (in kreisfreien Städten das dortige Jugendamt) wegen der Finanzierung der belegten Plätze und der evtl. Aufnahme in den Bedarfsplan (**Adressen Jugendämter**)
- Mit dem Landesjugendamt wegen der Betriebserlaubnis (§ 45 **SGB VIII**) (**Adresse Landesjugendamt**).

Alle drei sind wichtige Partner bei der Umsetzung des „Unternehmens“ Kita. Sie haben jeweils unterschiedliche Entscheidungskompetenzen.

### 4.1 Jugendhilfestruktur im Kita-Bereich

Der Rechtsanspruch (**§1 KitaG**) auf Kindertagesbetreuung richtet sich gegen den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, also das Kreisjugendamt bzw. in kreisfreien Städten gegen das örtliche Jugendamt. Die



*Leistungsverpflichtung* (§12 KitaG) liegt also beim Kreisjugendamt. Dies bedeutet, dass das (Kreis-) Jugendamt die Aufgabe hat, für seinen Zuständigkeitsbereich bzw. für sein Gebiet den Rechtsanspruch zu gewährleisten, also ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen zu garantieren. Diese Verpflichtung kann durch Vertrag von kreisangehörigen Ämtern und Gemeinden vom Jugendamt übernommen werden. In vielen Landkreisen in Brandenburg nehmen daher heute die Gemeinden die Aufgabe der Rechtsanspruchsprüfung und auch der Finanzierung nach § 16 Abs. 2 KitaG wahr.

Gemäß §12 Abs.3 **KitaG** stellt das Jugendamt „im Benehmen mit den Trägern der freien Jugendhilfe und den Gemeinden einen Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung auf... Der Bedarfsplan weist die Einrichtungen aus, die zur Erfüllung des Rechtsanspruchs gemäß §1 als erforderlich erachtet werden. Hierbei sind die Realisierung des Förderauftrages gemäß § 3 dieses Gesetzes sowie der §§ 22 und 22a des **Achten Buches Sozialgesetzbuch**, die Erreichbarkeit, die tatsächliche Inanspruchnahme und das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten nach § 5 des Achten Buches Sozialgesetzbuch zu beachten.“ **Diese Bedarfsplanung kann nicht auf die Gemeinden übertragen werden.** Selbstverständlich aber planen auch die Gemeinden den zukünftigen Bestand; allerdings ohne die Rechtsfolgen des Bedarfsplans gem. § 12 Abs. 3 KitaG.

Der „Kita-Bedarfsplan“ als Dreh- und Angelpunkt für Kita-Initiativen

Die Aufgaben des örtlichen Trägers der Jugendhilfe, also des Kreisjugendamtes, erstrecken sich somit (neben der Finanzierung nach § 16 Abs. 2) auf Koordination und Bedarfsplanung in Zusammenarbeit mit den freien Trägern und den Ämtern / Gemeinden und auf die Beratung der Träger.

Ganz gleich, wer Träger einer Kita ist, ob ein Träger der freien Jugendhilfe (Vereine, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Selbsthilfegruppen), die Gemeinde, ein Betrieb oder andere private Einrichtungen, der Träger hat in jedem Fall den *Nachweis* zu erbringen, dass er bereit und in der Lage ist, eine bedarfsgerechte und geeignete Einrichtung zu betreiben und die erforderli-





**IM NAMEN DES VOLKES**

**In dem Verfahren  
über  
die Verfassungsbeschwerde**

1. der Stadt Arendsee,  
vertreten durch den Bürgermeister,  
Am Markt 3, 39619 Arendsee (Altmark),
2. der Verbandsgemeinde Elbe-Heide,  
vertreten durch den Verbandsgemeindebürgermeister,  
Magdeburger Straße 40, 39326 Rogätz,
3. der Stadt Gommern,  
vertreten durch den Bürgermeister,  
Platz des Friedens 10, 39245 Gommern,
4. der Stadt Leuna,  
vertreten durch die Bürgermeisterin,  
Rathausstraße 1, 06237 Leuna,
5. der Stadt Möckern,  
vertreten durch den Bürgermeister,  
Am Markt 10, 39291 Möckern,
6. der Stadt Sangerhausen,  
vertreten durch den Oberbürgermeister,  
Markt 1, 06526 Sangerhausen,





7. der Lutherstadt Wittenberg,  
vertreten durch den Oberbürgermeister,  
Lutherstraße 56, 06886 Lutherstadt Wittenberg,

8. der Stadt Zerbst/Anhalt,  
vertreten durch den Bürgermeister,  
Schloßfreiheit 12, 39261 Zerbst/Anhalt,

- Bevollmächtigter: Prof. Dr. Johannes Dietlein,  
c/o Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität,  
Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf -

gegen § 3 Absatz 4 Kinderförderungsgesetz Sachsen-Anhalt - KiFöG LSA - in  
der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes  
und anderer Gesetze vom 23. Januar 2013 (Gesetz- und Verordnungs-  
blatt Sachsen-Anhalt vom 30. Januar 2013, Seite 38 ff.), soweit die bis-  
lang den Gemeinden beziehungsweise Verbandsgemeinden nach § 3 Ab-  
satz 3 KiFöG LSA alter Fassung obliegende Leistungsverpflichtung in  
Bezug auf den in § 3 Absatz 1 und Absatz 2 KiFöG LSA begründeten Be-  
treuungsanspruch auf die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe  
und damit regelmäßig die Kreise (§ 1 Absatz 1 Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes Sachsen-Anhalt - KJHG LSA -) übertragen wird

hat das Bundesverfassungsgericht - Zweiter Senat -

unter Mitwirkung der Richterinnen und Richter

Präsident Voßkuhle,

Huber,

Hermanns,

Müller,

Kessal-Wulf,

König,

Maidowski,

Langenfeld

aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 12. April 2017 durch

### **Urteil**

für Recht erkannt:



verstanden (Hilke, in: Hauck/Noftz, SGB VIII, Werksstand 12/14, juris, § 79 Rn. 10). Erst auf der Grundlage einer Planung kann festgestellt werden, ob Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen ausreichen und geeignet sind. Um den Bedarf feststellen zu können, muss der Landkreis die kreisangehörigen Gemeinden in die Planung einbeziehen, wenn dort Einrichtungen und Dienste vorhanden sind oder aufgebaut werden sollen (Kunkel/Kepert, in: Kunkel/Kepert/Pattar, SGB VIII, beck-online, § 79 Rn. 6). Dabei stellt die Planung nach § 80 SGB VIII das entscheidende und umfassende (Steuerungs-)Instrument für die Erfüllung des Sicherstellungsauftrags dar (vgl. Hilke, in: Hauck/Noftz, SGB VIII, Werksstand 12/14, juris, § 79 Rn. 10). Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben im Rahmen ihrer Planungsverantwortung den Bestand an Einrichtungen und Diensten festzustellen (Abs. 1 Nr. 1), den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln (Abs. 1 Nr. 2) und die zur Befriedigung des Bedarfs notwendigen Vorhaben rechtzeitig und ausreichend zu planen; dabei ist Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann (Abs. 1 Nr. 3). Einrichtungen und Dienste sollen so geplant werden, dass insbesondere Kontakte in der Familie und im sozialen Umfeld erhalten und gepflegt werden können (Abs. 2 Nr. 1), ein möglichst wirksames, vielfältiges und aufeinander abgestimmtes Angebot von Jugendhilfeleistungen gewährleistet ist (Abs. 2 Nr. 2), junge Menschen und Familien in gefährdeten Lebens- und Wohnbereichen besonders gefördert werden (Abs. 2 Nr. 3) und Mütter und Väter Aufgaben in der Familie und Erwerbstätigkeit besser miteinander vereinbaren können (Abs. 2 Nr. 4).

Bei der Planungsverantwortung im Sinne des § 80 SGB VIII handelt es sich um eine nicht delegierbare, gesetzliche Verpflichtung der Träger öffentlicher Jugendhilfe zur Planung (Eger, in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VIII, § 80 Rn. 8; vgl. Hilke, in: Hauck/Noftz, SGB VIII, Werksstand 03/13, juris, § 80 Rn. 4), mit der diese ihre Gewährleistungsverpflichtung gemäß § 79 SGB VIII realisieren. Ihr haben sie kontinuierlich nachzukommen. Jugendhilfeplanung kann insofern nicht als eine nach einmaligem Geschehen abgeschlossene Aufgabe verstanden werden (Eger, in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VIII, § 80 Rn. 8).

Die Gesamtverantwortung schließt die Finanzverantwortung ein (Eger, in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VIII, § 79 Rn. 15; Kunkel/Kepert, in: Kunkel/Kepert/Pattar, SGB VIII, beck-online, § 79 Rn. 7; Hilke, in: Hauck/Noftz, SGB VIII, Werksstand 12/14, juris, § 79 Rn. 13). Demnach haben die Jugendämter die Pflicht, die für die Erfüllung der Aufgaben erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen (Wiesner, SGB VIII, beck-online, § 79 Rn. 6).

(2) Die Gewährleistungspflicht des § 79 Abs. 2 SGB VIII ist Bestandteil der umfassenden Gesamtverantwortung des öffentlichen Trägers (Eger, in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VIII, § 79 Rn. 19) und ermöglicht deren Wahrnehmung in struktureller und individueller Hinsicht (vgl. Kunkel/Kepert, in: Kunkel/Kepert/Pattar, SGB VIII, beck-online, § 79 Rn. 9). Sie verpflichtet die Jugendämter, zur Erfüllung ihrer Aufga-

